

## **A N T R A G**

### **Interfraktionell**

Fraktion DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN

#### **Gegenstand:**

Gemeinwohl-Ökonomie in Dresden stärken

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Landeshauptstadt Dresden die Gemeinwohlbilanzierung Dresdner Unternehmen wirksam unterstützen kann, um deren Engagement für Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Transparenz und Mitbestimmung transparent zu machen und weiter zu stärken.

Folgende Maßnahmen sind hierfür zielführend:

- a) die Durchführung eines Pilotprojektes zur Gemeinwohlbilanzierung von Eigenbetrieben der Landeshauptstadt Dresden und städtischen Beteiligungen (Unternehmen der Technischen Werke Dresden) nach dem Standard der Gemeinwohl-Ökonomie,
- b) die Veranstaltung eines Fachtages zur Gemeinwohl-Ökonomie für interessierte Unternehmen mit VertreterInnen gemeinwohlbilanzierter Unternehmen, GemeinwohlberaterInnen und -auditorInnen sowie der Landeshauptstadt,
- c) die Auflage eines kommunalen Förderprogramms zur Unterstützung der Gemeinwohlbilanzierung von in Dresden ansässigen Unternehmen nach dem Standard der Gemeinwohl-Ökonomie.

#### **Beratungsfolge**

#### *Plandatum*

<b><u>Beratungsfolge</u></b>	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	04.03.2019	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)		nicht öffentlich	1. Lesung (federführend)
Ausschuss für Wirtschaftsförderung		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Kultur und Tourismus (Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-		nicht öffentlich	beratend

Konservatorium)			
Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung)		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

### **Begründung:**

Die Gemeinwohl-Ökonomie möchte ein ethisches Wirtschaftsmodell zum Wohle von Mensch und Umwelt etablieren. Mit der Gemeinwohl-Bilanz bietet sie als ersten Schritt eine Bewertungsmethode, die sich nicht allein auf monetäre Kriterien, sondern auch auf Werte wie Menschenwürde, Solidarität und Nachhaltigkeit stützt.

Viele Menschen wünschen sich ein anderes Wirtschaftssystem und lehnen das derzeitige Wirtschaften mit der Produktion sozialer Ungleichheit ab. Der wachsenden sozialen Ungleichheit kann jede Kommune aktiv entgegenwirken - nicht nur bei den kommunalen Einrichtungen und Eigenbetrieben!

Leitgedanke der Gemeinwohl-Ökonomie ist, dass die Wirtschaft den Menschen dienen und auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein muss. Bezug genommen wird dabei auf Verfassungswerte wie Art. 14 Abs. 2 des Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Neben der Finanzbilanz soll deshalb zunehmend auch die Gemeinwohlbilanz zur wirtschaftlichen Erfolgsbewertung herangezogen werden. Mit diesem Antrag soll dafür insbesondere die Erstellung von Gemeinwohlbilanzen gefördert werden. Diese ermöglichen es Unternehmen, auf europaweit einheitlicher Erarbeitungsgrundlage Rechenschaft über ihre Strategien, Risiken und Ergebnisse nach Kriterien wie der Wahrung von Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitbestimmung in Bezug auf alle ihre Berührungsgruppen (von den LieferantInnen über die Mitarbeitenden, Finanzierenden bis zum gesellschaftlichen Umfeld) abzulegen. Anders als bei der Berichterstellung nach anderen Standards, erhalten die vom Unternehmen mit Unterstützung von BeraterInnen erstellten Berichte vor ihrer Veröffentlichung auch eine unabhängige Bewertung im Rahmen eines qualitativen Audits.

Rund 300 Unternehmen, darunter auch Banken, Zeitungsverlage und Fachhochschulen, haben bislang eine Gemeinwohlbilanz erstellt. Beispiele für erstellte Bilanzen finden sich unter <https://www.ecogood.org/de/gemeinwohl-bilanz/unternehmen/beispiele/>.

2015 sprach sich der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss für die Integration der Gemeinwohl-Ökonomie in den europäischen und einzelstaatlichen Rechtsrahmen aus. Die Gemeinwohl-Ökonomie erfüllt zudem vollumfänglich die Vorgaben des CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes vom 11.04.2017, das Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden verpflichtet, Informationen über Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption und Bestechung sowie Diversität in den Leitungsorganen im Rahmen einer nicht-finanziellen Berichterstattung offen zu legen. Aber auch für kleine und mittelständische Unternehmen ist die Gemeinwohlbilanzierung eine gute Grundlage für die Entwicklung eines eigenen Nachhaltigkeitsmonitorings. In der Regel sind mit dem Einstieg in ein solches Monitoring neben den positiven Entwicklungen in der sozialen und ökologischen Performance von Unternehmen z. B. eine höhere Motivation der Mitarbeitenden, eine höhere Kundenbindung, neue Potenziale für die eigene Öffentlichkeitsarbeit und weitere positive Effekte verbunden.

Um die Gemeinwohl-Ökonomie zu fördern, haben Vorreiterregionen und -kommunen in Deutschland, Österreich, Italien und Spanien begonnen, Unternehmen bei der Erstellung von Gemeinwohlbilanzen zu unterstützen und in einem nächsten Schritt bereits bilanzierten Unternehmen mit guter Bewertung Vorteile einzuräumen (etwa Zugang zu Fördertöpfen, Bevorzugung bei öffentlichen Ausschreibungen, etc.). Als erste deutsche Großstadt hat die Landeshauptstadt Stuttgart ausgewählte städtische Eigenbetriebe und Beteiligungen einer Gemeinwohlbilanzierung unterzogen und ein in der Wirtschaftsförderung angesiedeltes Förderprogramm „Nachhaltig fit für morgen mit dem Gemeinwohl-Kompakt-Bericht“ aufgelegt. Wir möchten diesem Beispiel folgen und in vergleichbarer Weise auch in Dresden die Verbreitung der Gemeinwohl-Ökonomie unterstützen.

Langfristig bilden die Gemeinwohlbilanzen die Grundlage für eine neue anreizbasierte, politische Steuerungsmöglichkeit hin zu einer sozialeren und ökologischen Wirtschaftsweise.

André Schollbach  
Fraktion DIE LINKE.

Christiane Filius-Jehne  
Bündnis 90/Die GRÜNEN

Thomas Löser  
Bündnis 90/Die GRÜNEN